

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924**

2.9.1924 (No. 204)



# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfach  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
J. S.  
C. A. Seyfried  
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,50 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zeilenstück. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifrecher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anstöße sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerbeständen, mangels welcher Zeitung und Konturverfälschung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in telephonischer Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfuß erfolgen.

### Die Tätigkeit des letzten Kongresses vorden Neuwahlen in den Vereinigten Staaten

Aus St. Louis wird uns geschrieben:  
Der letzte Kongress vor den Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten hat nach der Beendigung seiner Sitzungen keine sonderlich gute Presse gefunden und er ist, obwohl er eine republikanische Mehrheit hatte, nicht nur von der Presse der Gegenpartei, der demokratischen, sondern auch von einem großen Teil der republikanischen Blätter sehr unfreundlich beurteilt worden. Wenn ein republikanisches Blatt von ihm gesagt hat, er sei der demagogische u. leistungsunfähigste Kongress seit 50 Jahren gewesen und ein demokratisches Organ den übel duftenden Vergleich zog, der Kongress sei ausgegangen wie eine schmutzige Lampe und habe einen schlechten Geruch hinterlassen, so weiß man nicht recht, welcher von beiden Parteien man die Palme der Beschimpfung der gesetzgebenden Körperschaft des eigenen Landes zusprechen soll. Demokratisch ist diese Herabsetzung der Volksvertretung sicherlich nicht.

Ein objektiver Kritiker wird vielleicht gerade daraus, daß der Kongress von Klägern der beiden großen Parteien des Landes beschimpft wird, den Schluß zu ziehen geneigt sein, daß seine Leistungen wohl gar nicht so übel gewesen seien, und — er wird mit dieser Annahme recht behalten. Es ist doch sehr beachtenswert, daß trotz der republikanischen Mehrheit des Kongresses die Demokraten es durchsetzen konnten, daß die bedeutsamsten von dem Kongresse erledigten Gesetze in demokratisch umgewandelter Form, zumteil sogar gegen die republikanische Partei und den Präsidenten angenommen worden sind. Es ist nicht minder zu beachten, daß der Senat in sehr ernsthafter Weise eine Reihe großer Untersuchungen durchgeführt hat, durch welche die republikanische Verwaltung stark bloßgestellt worden ist. Monatslang waren im Senat 8 bis 10 Untersuchungsausschüsse gleichzeitig tätig über die Verschleuderung staatlicher Mittel, über die Geschäftsführung des Justizministeriums, über die Steuer-nachlässe durch das Schatzamt, über das Schiffsamt usw. Alle diese Untersuchungen sind mit großer Gewissenhaftigkeit geführt worden, obwohl natürlich die kompromittierten Behörden alles daran setzten, um die Untersuchungen zu sabotieren. Und wenn dadurch die Untersuchungen auch keinen vollen Erfolg hatten, so ist doch erreicht worden, daß eine Anzahl kompromittierter hoher Beamter gehen mußte, so der Sekretär des Innenministeriums, der Marineminister Denby, der Staatssekretär des Justizamtes Daugherty, der Leiter des Veteranen-Vereins Forbis und Andere. Im Justizministerium werden voraussichtlich noch eine ganze Anzahl kompromittierter höherer Beamter ihre Demission geben müssen. So ist es also wohl ganz richtig, daß, wie die „New York Times“ höhnt, der Kongress einen üblen Geruch hinterlassen hat, aber daran hat er nicht die Schuld getragen, sondern die Persönlichkeiten haben es getan, mit denen er sich hat befassen müssen. Jedenfalls ist der Korruption in den Vereinigten Staaten noch selten so energisch zu Leibe gegangen worden, wie gerade von diesem viel verlästerten Kongresse.

Wenn nun der Kongress sich sozusagen überparteilich verhalten hat, indem er trotz seiner republikanischen Mehrheit von der Gegenpartei beeinflusste Gesetze angenommen und kompromittierte hochgestellte Republikaner vor die Tür gesetzt hat, so gebührt das Verdienst daran dem von La Follette geführten fortschrittlichen Flügel der republikanischen Partei. La Follette und seine Freunde im Senat haben gleich bei der Kongreßöffnung den altrepublikanischen Senator Cummins aus der wichtigen Präsidentschaft des Handelsausschusses herausgedrängt, sie sind für die demokratischen Steuergesetze eingetreten, sie waren es auch, welche die großen Untersuchungen des Senats, durch 1/2 republikanische Verwaltung bloßgestellt worden ist, veranlaßt haben.

Es liegt auf der Hand, daß die durch La Follette und seine Anhänger bewirkte so eigenartige Tätigkeit des Kongresses gerade in seiner letzten Tagung vor den Wahlen der altrepublikanischen Partei nicht gerade zugute kommen kann. Die Ausfühler dieser Partei haben sich dadurch verschlechtert, um so mehr, als Präsident Coolidge in verschiedenen Fällen durch sein Veto Gesetzentwürfe zu Falle gebracht hat, die seiner Popularität hätten nützlich werden können. Beispielsweise hat der Präsident die

vom Kongresse bewilligten Gehaltserhöhungen für 290 000 Postbeamte mit der Begründung abgelehnt, erst müsse die Postverwaltung sich wieder selbst erhalten können. Ferner hat der Präsident das große Pensionsgesetz für die Beamten wegen zu großer Kosten durch sein Veto verhindert. Es ehrt den Präsidenten sehr, daß er die Erhaltung einer geordneten Finanzwirtschaft über seine Popularität stellt, aber wie ihm das bei den Wahlen bekommen wird, ist eine andere Sache.

### Die Ausführung des Dawes-planes

Die „erste Bestimmung“ der Reparationskommission  
Die Reparationskommission hat, wie aus Paris gemeldet wird, von der Kriegslastenkommission am Montag morgen die offizielle Mitteilung erhalten, daß die für die Durchführung des Dawesplanes notwendigen Besetze durch den Reichstag angenommen und durch die Reichsregierung veröffentlicht wurden. Die Kommission trat deshalb am Nachmittag zusammen, um von dieser Mitteilung Kenntnis zu nehmen, wie dies durch Artikel 3 Anhang 3 des Schlussprotokolls der Londoner Konferenz vorgesehen ist. Es ist dies die „erste Bestimmung“, wonach die Bedingung zur Ausführung des Sachverständigenplanes erfüllt worden ist. Vom gestrigen Montag den 1. September ab, dem Tage dieser ersten Feststellung, laufen also die Fristen, die für die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Einheit Deutschlands mit dem Ruhrgebiet und dem Rheinland festgesetzt worden sind.

Paris, 2. Sept. Der „Matin“ schreibt zu der gestrigen Sitzung der Reparationskommission, wenn der Generalrat für die Reparationszahlungen in Berlin antomme, so würde er auf seinem Konto die Summe von 20 Millionen Goldmark, die erste deutsche Zahlung, verbucht finden, die gestern, d. h. am Tage der ersten Feststellung, geleistet werden mußte. Am 10. September werde Deutschland die zweite Zahlung von 20 Millionen Goldmark und am 20. September die dritte leisten, damit der vorgesehene Monatsbetrag beglichen sei. Französischerseits seien dem Agenten für die Reparationszahlungen und zwar von der ersten Feststellung an, die künftig nach Maßgabe der deutschen Gesetzgebung und der deutschen Tarife vereinbarten Zollabgaben, sowie der Reingewinn der französisch-belgischen Eisenbahnregie, abgesehen von einer monatlichen Zurückstellung von 2 Millionen Goldmark zur Deduktion der Erhebungslosten, in der Uebergangsperiode (1. September 1924) bis zur zweiten Feststellung (5. Oktober 1924) abzuführen. Da Owen Young die späteren Zahlungen festzustellen habe, sei seine Anwesenheit in Berlin sofort erforderlich.

Die Anleihe  
London, 1. Sept. Die Zeitungen veröffentlichen eine Mitteilung, wonach die deutsche Anleihe gleichzeitig in New York, London und auf dem Festlande mit Einschluß Deutschlands am 15. Oktober zur Zeichnung aufgelegt werden soll. Die Anleihe würde mit etwa 8 Prozent verzinst. Amerika werde die Hälfte der Gesamtsumme aufbringen, England zwei Fünftel und das Festland ein Fünftel. Es herrscht kein Zweifel über den Erfolg dieser Anleihe, die in London von der Bank von England aufgelegt wird.

Am Montag ist die erste Vorauszahlung Deutschlands für die Anleihe geleistet worden und zwar in Höhe von 20 Millionen Mark. Die Zahlung erfolgte auf das Konto des Generalagenten bei der Reichsbank. Das ist die erste Zahlung Deutschlands unter dem Dawes-Plan, jedoch nur eine Vorzahlung auf die Anleihe.

Die Räumungen  
Wie aus Paris gemeldet wird, wurden an den General Degoutte bereits am Samstag Instruktionen gegeben für die militärische Räumung der Zone von Dortmund, Hörde und der Territorien, die außerhalb des Ruhrgebietes seit dem 11. Januar 1923 auf dem rechten Rheinufer besetzt worden sind. General Degoutte wird gemäß dem Brief, den die beiden Ministerpräsidenten von Frankreich und Belgien an die deutsche Regierung überfandt haben, die militärischen Räumungsmaßnahmen der in Frage stehenden Zone regeln, und zwar gleichzeitig mit der wirtschaftlichen Räumung, die spätestens am 7. Dezember durch die vollständige Zurückgabe des Eisenbahnetzes im Rheinland und im Ruhrgebiet von der französisch-belgischen Regie an die neue deutsche Eisenbahngesellschaft vollendet sein wird.

Im Londoner Abkommen werden in der Anlage 3 die Einzelheiten der wirtschaftlichen Räumung behandelt. Acht Tage nach der ersten Feststellung, also am 9. September, wird die Erhebung von Abgaben an der Zollgrenze zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet Deutschlands aufhören, 20 Tage nach der ersten Feststellung, also am 20. September, sollen die Hemmungen des Personen- und Güterverkehrs zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland verschwinden.

Über die Durchführung dieser Bestimmungen haben bisher noch keine Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und der französischen und belgischen Regierung stattgefunden. Dagegen werden in Koblenz und Düsseldorf die gemischten Kommissionen zusammenzutreten, die aus Vertretern der alliierten Behörden und den beteiligten deutschen Verwaltungen bestehen sollen. Diese gemischten Kommissionen werden, wie es der Artikel 6 der Anlage 3 vorschreibt, in technischen Konferenzen die einzelnen Maßnahmen und die technische Durchführung der Bestimmungen der Anlage 3, d. h. die Beseitigung aller Beschränkungen der fiskalischen und wirtschaftlichen Einheit und der deutschen Verwaltungshoheit zu prüfen haben, also sich mit der Rückgabe der von der französischen und belgischen Regierung im besetzten Gebiet beschlagnahmten Staatsverwaltungen befassen.

Der Befehl zur Räumung von Dortmund und Hörde ist gegeben. Um Irrtümern und falschen Erwartungen entgegenzutreten, wird darauf hingewiesen, daß in dem Brief Herriots seinerzeit keine Angaben über das Datum, an dem die Räumung erfolgen sollte, gemacht waren. Es war lediglich gesagt, daß die militärische Räumung der Zone Dortmund-Hörde gleichzeitig mit der wirtschaftlichen Räumung erfolgen soll. Für diese ist in Artikel 2 der Anlage 3 kein bestimmter Zeitpunkt angegeben. Es heißt dort nur, daß die zur Herstellung der Einheit erforderlichen Maßnahmen so „schnell als möglich“ ergriffen werden sollen.

Die Fristen, die für die Liquidation der Regie gesetzt sind, haben mit der wirtschaftlichen Räumung an sich nichts zu tun. Es wäre also verfehlt, irgend welche im Londoner Abkommen genannten Termine mit der militärischen Räumung der Zone Dortmund-Hörde in Verbindung zu bringen; doch ist anzunehmen, daß diese Räumung in möglichst kurzer Frist erfolgt. Die Promptheit, mit der Herriot jetzt den Befehl zur Räumung Dortmunds gegeben hat, läßt erwarten, daß sein Versprechen loyal eingelöst werden wird.

Die Liquidation der Regie  
B.B. Eberfeld, 2. Sept. Nach einer Mitteilung der Reichsbahnleitung über die Liquidation der Regie wird vom 7. Oktober ab der Betrieb aller jetzt von der deutschen Reichsbahn betriebenen Strecken auf die neue deutsche Reichsbahngesellschaft übertragen. Vom 12. Oktober ab werden die jetzt von der Regie betriebenen Strecken für Rechnung der Gesellschaft unter einem Eisenbahnorganisationskomitee betrieben werden. Die tatsächliche Übergabe der Regie an die deutsche Reichsbahngesellschaft wird unter der Aufsicht des Organisationskomitees Schritt für Schritt vorgenommen werden und soll binnen sechs Wochen beendet sein. Die deutsche Eisenbahnverwaltung ist in der Lage, die Regiebahnen sofort im eigenen Betrieb zu übernehmen. Sie wird alles daransetzen, die Übergabe möglichst zu beschleunigen.

Die deutsche Kundgebung zur Kriegsschuldfrage  
In der amtlichen Auslassung über die Kriegsschuldfrage, mit der die Reichsregierung am Freitag herauskam, war angekündigt worden, daß der Inhalt dieser Auslassung den alliierten Regierungen bekanntgegeben werden würde. Der „Frankf. Ztg.“ zufolge ist, das bisher noch nicht geschehen, und man weiß auch noch nicht, wann und in welcher Form die Mitteilung erfolgen wird. Es zeigt sich jetzt, daß hierbei eine ganze Reihe von Schwierigkeiten zu überwinden sind, von denen eine, wie mitgeteilt wird, darin besteht, daß eine Reihe von Ministerpräsidenten sich in Genf auf der Völkerverammlung befindet.

Die Berliner „Germania“, das Organ der Zentrumsparlei wendet sich gegen die ablehnenden Kritiken der französischen Blätter zur Kriegsschuldfrage des deutschen Reichstages und erklärt u. a.: Wir sind uns mit dem „Matin“ und dem „Temps“ ziemlich einig in der Auffassung, daß augenblicklich eine endlose Meinungsfehde über die Vorgänge von 1914 dem europäischen Frieden nicht dienen könnte. Das Blatt führt dann weiter aus: Das Volk, das sich ganz primitiv in allen seinen Teilen (man vergesse das drüben nicht) gegen den Gedanken aufbäumt, es habe alle diese Schrecken verursacht, kann wohl kaum als unfriedliche gesinnt bezichtigt werden. Wir wiederholen, daß der deutsche Widerstand gegen diese Zwangsbescheidung ein moralisches Aktuum für den europäischen Frieden ist, somit gerade das Gegenteil der Gefahr, die der nationalische „Eclair“ seinen Lesern an die Wand malen will.

Telegramme an die Reichsregierung  
Nach Annahme der Gesetzentwürfe zum Sachverständigen-gutachten im Reichstag ist dem Reichszentraler eine große Anzahl von Telegrammen zugegangen, in denen der Reichsregierung der Dank für ihre zielbewusste und energische Politik ausgesprochen wird. So telegraphierten: aus Berlin im Namen des Deutschen Industrie- und Handelstages der Präsident v. Mendelssohn, aus Düsseldorf der Kölner Oberbürgermeister Abenauer, ferner der Vorsitzende der Handelskammer Louis Hagen, der Bürgermeister Beck aus Langenmünde, aus Duisburg die Vertretung der besetzten Teile des preussischen Landgemeindevorstandes West, die dankbare Stadt Rimbürg an der Ruhr, weiter in einem Telegramm aus Erpel am Rhein die rheinische Turnerschaft, des besetzten Gebietes, Bürgermeister Petermann-Freiburg i. N., Bürgermeister Schmid namens der Stadt München sowie Minister v. Brentano.

Zur Freilassung der Wiesbadener Kommunisten wird aus Paris gemeldet, daß nur eine vorläufige Freilassung vorliegt und daß die Angelegenheit vor dem Wiesbadener Kriegsgericht neuerdings am 4. September verhandelt wird.

Mit einer Beilage: 31. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages



# Politische Neuigkeiten

## Graf Ranitz über die Zollvorlage

In Verbindung mit der landwirtschaftlichen Messe hielt in Köln der rheinische Bauernverein eine außerordentliche Generalversammlung in Köln ab. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Graf Ranitz, äußerte sich in einer langen Rede u. a. über die Zollvorlage. Er sagte dazu, er habe schon im Februar der März versucht, die Zollvorlage durch Ermächtigungsgesetz einzuführen, habe aber vor der Wahl bei keiner einzigen der bürgerlichen Parteien Verständnis dafür gefunden. Es stimme nicht, daß die Getreidepreise auf dem Weltmarkt durchgängig noch höher seien als die Inlandspreise, wie von den Gegnern der Zollvorlage angeführt werde. Die ausländischen Länder unterbieten bereits jetzt unsere Inlandspreise.

Eine schlechte Weltgetreideernte würde uns Preise bringen, bei denen den Verbrauchern erst recht die Augen übergingen. Die Zollvorlage sei keineswegs ein Geschenk an die Agrarier, sondern bedeute hauptsächlich die Befreiung der Unparteilichkeit zwischen Industrie und Landwirtschaft. Die Zollvorlage sei bewußt ein produktionsförderndes Gesetz, könne deshalb niemals verbraucherfeindlich sein. Die Ausfuhrfähigkeit der deutschen Industrie sei noch auf lange Zeit hinaus sehr gehemmt, für die Industrie müsse deshalb Aufnahmefähigkeit vornehmlich im Lande selbst geschaffen werden. Die Landwirtschaft müsse durch Schutz ihrer Erzeugung wieder konkurrenzfähig gemacht werden. Es sei außerordentlich bedauerlich, daß die Zollvorlage am Samstag nicht an den Ausschuss des Reichstages habe verwiesen werden können. Der Redner hält die Vorlage nicht für ausreißend, sie habe aber so gefaßt werden müssen, daß noch einigermaßen Aussicht bestehe, sie im Reichstag durchzubringen.

## Der deutsche Katholikentag in Hannover

nahm einstimmig eine Entschließung an, in der es unter anderem heißt:

Wir beklagen, daß infolge der falschen wirtschaftlichen Grundmeinung eine befriedigende Lösung der Verhältnisse zwischen Kapital und Arbeit bisher nicht gefunden wurde. Die Arbeitskraft war zur Ware erniedrigt; sie ist aber mehr, sie ist eine persönliche und sittliche Tat des Menschen. Diese Auffassung verlangt eine menschenwürdige Behandlung und Achtung des Arbeitenden als Gehilfen beim Produktionsprozeß. Der Arbeiter hat daher Anspruch auf eine Entlohnung, die ihm die Möglichkeit gibt, für die Familiengründung und zur Führung eines menschenwürdigen Daseins. Als belebendes Element des Produktionsprozesses wird das Kapital auch im künftigen Wirtschaftsleben nicht entbehrt werden können; aber es darf nicht für sich allein die Wirtschaft beanspruchen. Das Interesse des gesamten Volkes. Die wahre Veröhnung von Kapital und Arbeit kann nur der Geist des Christentums bringen, der den beiden Elementen unter dem ewigen Sittengesetz die entsprechende Stellung zuweist.

Montag abend veranstaltete die katholische Schulorganisation in der Stadthalle eine Festversammlung. Reichskanzler Dr. Marx, der stürmisch begrüßt wurde, eröffnete als Vorsitzender der katholischen Schulorganisation die Versammlung. Er sprach über das Verhältnis der Kirche zur Schule und betonte, daß der christliche Geist in den Schulen erhalten bleiben müsse.

Der Reichsparteivorstand der Deutschen Zentrumspartei faßte in seiner Sitzung am 31. August in Hannover eine Entschließung, in der er dem Reichskanzler und der Zentrumsfraktion des Reichstages Dank und Anerkennung für die mühevollen und erfolgreichen Arbeit zur Rettung des Vaterlandes ausdrückt und sie aufs Neue seines Vertrauens versichert. Das Ziel der Deutschen Zentrumspartei bleibe nach wie vor die Schaffung einer wahren Volksgemeinschaft, in der alle nationalen, sozialen und kulturellen Kräfte des deutschen Volkes zu fruchtbarer Auswirkung gelangen könnten. Wenn Verständigung und Vereinbarungen mit fremden Völkern möglich seien, so müsse bei allseitigen guten Willen trotz Meinungsverschiedenheiten auch eine gemeinsame Arbeit im Innern erreicht werden.

Der Berliner „Germania“ zufolge, hat der Vorstand der Zentrumspartei beschlossen, den für den 6. Oktober vorgesehenen Reichsparteitag auf den 26. Oktober zu verschieben. Der Termin ist aber noch nicht endgültig bestimmt.

## Die aufgelöste „Rheinische Arbeiterpartei“

Wie wir gestern berichteten, hat in Speyer Staatsanwalt Gellin im Namen der französischen Delegation dem Zentralausschuß der Rheinischen Arbeiterpartei eröffnet, daß die Partei mit sofortiger Wirkung und ohne Rücksicht auf das Londoner Abkommen aufzulösen sei und auch unter keinem

anderen Namen mehr an die Öffentlichkeit hervortreten dürfe.

Das „Mannheimer Volksblatt“ bringt in seiner gestrigen Nummer ein von Matthes, Kunz, Weber und anderen unterschriebenes Geheimdokument der Vereinigten Arbeiterpartei Bezirk Pfalz-Rheinbesen-Düsseldorf-Dieboldshofen, welches folgenden Wortlaut hat:

An die Zentralkommission! Da die Annahme des sogenannten Dawesgutachtens durch den Reichstag voraussichtlich nicht erfolgt, sind die Funktionäre darauf hinzuweisen, die diversen Ortsgruppen unverzüglich mit Propaganda zu besetzen und für rasche Auflösung der Bevölkerung zu sorgen, mit dem Hinweis, jetzt sei die geeignete Zeit gekommen, vom preußischen Joch loszukommen und an die Seite Frankreichs zu treten, etwa durch die Wahl einer selbständigen Delegation mit Frankreich Fühlung zu nehmen.

Das Blatt weist darauf hin, daß die separatistische Gefahr keineswegs erloschen ist, und daß es auch weiterhin gilt, die Augen auf diesem Gebiete offen zu halten, zumal, wenn die in London als Gegengabe für die Freilassung der deutschen Gefangenen zugeständene Amnestie der Separatisten durchgeführt wird. Das Blatt betont u. a. noch, daß aus einem Rundschreiben der Rheinischen Arbeiterpartei und Volkspartei, datiert Düsseldorf, 18. August 1924, hervorgeht, daß eine Umwandlung der Partei in den „Rheinischen Volksbund“ stattfinden soll, der einen möglichst autonomen Bundesstaat auf Grund des § 18 der Reichsverfassung erstrebt. Der Grund für diese Umwandlung ist die Wiederherstellung der Berliner Zuständigkeit.

## Gegen Brügelhosen im Parlament

Der demokratische Abg. Dr. Haas verlangt im „Berliner Tageblatt“ um häßliche Szenen, wie sie der Reichstag in diesen Tagen erlebt hat, unmöglich zu machen, eine gesetzliche Bestimmung, die es ermöglicht, einem Abgeordneten seines Mandats für verlustig zu erklären, der die Würde des Hauses göttlich verletzt. Er fügt hinzu:

„Diese Bestimmung kann umso leichter getroffen werden, weil beim Proportionalwahlrecht der Nachfolger eines Abgeordneten, der sein Mandat verliert, schon bestimmt ist. Auch der Fraktionsführer, der es duldet und will, daß seine Fraktionskollegen durch grobe Beschimpfungen oder gar durch Tätlichkeiten die Würde des Parlaments verletzen, verdient, daß er seines Mandates für befristet erklärt wird. Wenn wir diese Bestimmung hätten, wobei man, um jeden Verdacht der Parteilichkeit auszuschließen, ein Vorschlagsrecht an das Reichsgericht oder an den Staatsgerichtshof geben kann, würden sich wiederliche Szenen, ähnlich der letzten, nicht wiederholen. Die Kommunisten und die Deutschvölkischen werden mich einen Reaktionär oder einen Scharfmacher nennen. Sie mögen das tun. Um der Demokratie willen fordere ich den Schutz der parlamentarischen Ordnung. Wenn uns von links und rechts her Leute in das Parlament geschickt werden, die nicht die Fähigkeit oder nicht den Willen haben, in sachlicher Form politische Kämpfe auszutragen, dann müssen sie in brutaler Weise zur Ordnung gezwungen werden.“

## Die 5. Völkerbundsversammlung in Genf

Die 5. Völkerbundsversammlung am Montag hatte in diesem Jahr einen unverkennbar feierlicheren Charakter als in den Vorjahren. Sie umfaßt vorläufig nur 44 Abordnungen von 54 Mitgliedsstaaten. Unter diesen befinden sich jedoch zahlreiche frühere leitende Staatsmänner und nicht weniger als 16 amtierende Ministerpräsidenten und Außenminister.

In seiner Eröffnungsrede verwies Symans auf die Unterzeichnung der Londoner Abmachungen, die der aufrichtige Wille beherrschte, zu praktischen und gerechten Lösungen zu kommen. Er sehe in ihnen den Beginn einer neuen Epoche, die Hoffnung auf eine Entspannung, auf die Morgenröte des Friedens, den alle Völker ersehnten zur Befriedigung ihrer materiellen Interessen und für die Ruhe ihrer Seelen, sowie den Fortschritt der Kultur. Anlässlich der Frage der Abrüstung und des Garantiepatentes kam Symans auf die Sicherheitsfrage zu sprechen und sagte, die Konferenz von London habe die Reparationsfrage gelöst, aber ein anderes Problem bestehe weiter und quäle die Staaten, die am meisten unter dem Kriege gelitten und die sich am meisten im Falle eines künftigen Krieges bedroht fühlen, das sei das Sicherheitsproblem. Man müsse ein stabiles Regime der Sicherheit und des Friedens schaffen. Symans begrüßte vor allem Herriot und Macdonald, deren Anwesenheit ein Zeichen für die Hoffnung sei, die man in den Völkerbund setze. Trotz aller Erinnerungen an die heldenhaften Opfer des Krieges und der Liebe zum Vaterland müsse man nach Vorwärts blicken, um sich zunächst vor der Wiederkehr ähnlicher Katastrophen zu schützen und den Gipfel des Friedens und der Gerechtigkeit zu erklimmen. Symans zählte dann die hauptsächlichsten Erfolge des Völkerbundes auf, darunter die Schaffung des ständigen internationalen Gerichtshofes, die Lösung der Frage der deutschen Anleiher, die Lösung der Danziger

Frage. In der Nachmittagsitzung wählte die Völkerbundsversammlung den Führer der schweizerischen Delegation, Bundesrat Motta, zum Versammlungspräsidenten mit 45 von 47 Stimmen. Motta legte ein Bekenntnis der Treue und des Glaubens an die Zukunft des Völkerbundes ab. Mit Genehmigung stellte er fest, daß das Problem der Reparationsfrage nunmehr seiner Lösung nahe gekommen und geklärt worden sei. Ferner begrüßte Motta den Ausschuss, den infolge der Londoner Konferenz der Schiedsgebanten genommen habe. In diesem Gedanken hänge das Schicksal des Rechtsfriedens. Motta schloß mit den Worten: „Unsere Kinder und Kindesinder werden eines Tages die Segnungen des Völkerbundes verspüren, der als Mittelpunkt der internationalen Zusammenarbeit, sobald er einmal universal geworden sei, den vollen Platz seiner Tätigkeit einnehmen kann.“

Nach der Wahl des Präsidenten setzte die Versammlung wie alljährlich wieder sechs Hauptausschüsse ein, auf die der Versammlungshof verteilt wurde:

1. Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen,
  2. Ausschuss für technische Organisationen,
  3. Rüstungsbeschränkung,
  4. Haushalts- und Finanzfragen,
  5. soziale und humanitäre Fragen und
  6. politische Fragen.
- Die sechs Hauptausschüsse werden heute ihre Präsidenten wählen.

W.B. Paris, 2. Sept. Die Sabas aus Genf meldet, trifft Herriot heute abend in Genf ein. Auch Herriot wird für heute abend erwartet, während Macdonald morgen vormittag ankommt. Die drei Ministerpräsidenten würden wohl der Völkerbundsversammlung am Mittwoch beizuwohnen, jedoch erst am Donnerstag das Wort ergreifen, um in großen Linien ihre auswärtige Politik auseinander zu setzen.

## Zur politischen Lage in Italien

W.B. Rom, 2. Sept. Giornale d'Italia veröffentlicht eine Unterredung seines Leiters Vettori mit Mussolini. Der Ministerpräsident sagte dabei, daß er das Parlament trotz des Fernbleibens der Opposition eröffnen und sich um die Abwesenheit über die Materie im Parlament angenommen worden sei. Über die Verfassungsänderungen und die rechtsliberale Mitarbeit drückte sich Mussolini sehr allgemein aus, so daß das Blatt seine Erklärung als nicht genügend betrachtet. — Aus einer Note des Kriegsministers geht hervor, daß das Parlament sofort nach seinem Zusammentritt über die Heeresreform beraten wird, die vor allem in der Bestimmung der Altersgrenze gipfelt soll.

Der bekannte Dichter Sem Benelli erließ einen Aufruf an alle Italiener gegen das faschistische Regime und fordert zum Eintritt in die von ihm gegründete Liga „Italia“ auf, die den Zweck verfolgen soll, Italien vom Faschismus zu befreien.

Alldeutsche und Deutschnationale. Die erste Offensive gegen die deutschnationale Fraktionspolitik, hat der Alldeutsche Verband auf seiner Haupttagung in Stuttgart unternommen. Der Verband, dessen Mitglieder zum großen Teil innerhalb der deutschnationalen Partei stehen, hat eine Entschließung angenommen, die sich in schärfsten Worten gegen die Annahme des Londoner Abkommens durch den Reichstag wendet. Die Kampfanfrage des Alldeutschen Verbandes kann nur gegen die Hälfte der deutschnationalen Fraktion sich richten, die durch ihre Abstimmung am Freitag dem Eisenbahngesetz und damit dem ganzen Londoner Pakt die Billigung des Reichstages verschafft hat.

## Kurze Nachrichten

Das Reichskabinett sprach sich in seiner Sitzung am Montag für eine allgemeine Erhebung der Gütertarife der deutschen Reichsbahn aus. Einzelheiten der Erhebung sind weiterer Beschlußfassung vorbehalten. — Das Reichskabinett beschloß weiter, das Reichskommissariat für Ein- und Ausfuhrbewilligungen vorläufig bis zum 31. Dezember d. J. bestehen zu lassen und trat dann in die Beratung des Entwurfs eines allgemeinen deutschen Strafrechtsgesetzes ein.

Der Thüringische Landtag tritt auf Antrag der Sozialdemokraten und Kommunisten am kommenden Freitag zusammen. Gegenstand der Besprechung wird die Haltung der Thüringischen Regierung zum Sachverständigengutachten sein.

Die Anweisung des Oberpräsidenten Fuchs zurückgenommen. Die Rheinlandkommission hat mitgeteilt, daß der Ausweisungsbefehl gegen den Oberpräsidenten der Rheinprovinz Fuchs zurückgenommen worden ist und daß Fuchs wieder zurückkehren könne.

## Händels Oper Tamerlan

### Zur Aufführung in der deutschen Neugefaltung

In der allgemeinen Renaissance älterer Musik hat die Kunst Händels ihr eigenes Schicksal. Nach der Einwanderung des Oratoriums auf den Kontinent in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts von überwiegend formalistisch-musikalischem Interesse emporgetragen, fällt sie in der zweiten merklich zurück: nichts ist dafür charakteristischer als der geringe, öffentliche Anteil, unter dem Friedrich Chrysander seine Lebensaufgabe, die Drudrucklegung des gesamten Händelschen Werks, erfüllt. Mit der Wende des 19. zum 20. Jahrhundert vollzieht sich eine Wandlung. Ihren Eintritt bezeichnen abermals Bemühungen Chrysanders, seine kürzenden Einwürfen Händelscher Oratorien. Man begreift im Fortgang der Bewegung, daß die Händelsche Welt als Gegenwelt der Nachwelt dieser in ihrer Art ebenbürtig zur Seite stehe. Und wird ihr doch nicht allseitig gerecht. Denn man beschränkt sich auf die Wiederaufnahme von Oratorien und Instrumentalmusik, hält sich von der Oper fern, obwohl man weiß, daß der beispiellose Glanz von Händels Jugend, der Ruhm seiner kraftvollsten Mannesjahre vor allem andern durch sein Opernschaffen bedingt waren. Auch hier wird der Mann gebrochen. Bemerkenswerterweise durch die Initiative eines von jüngster Generatione Stieglitzers, Liebhabers. Nach dem Kriege beginnt in Göttingen der Kunstforscher Oskar Hagen, unterstützt durch ein Orchester von Musikfreunden und Sängern, die nur zum Teil von der Bühne herkommen, nicht zuletzt durch einen namhaften Regisseur, mit Aufführungen Händelscher Opern; in einer Bearbeitung, die sich im Prinzip an die Chrysanderschen Oratorieneinrichtungen anschließt. Modest, Otto und Leopoldo, Julius Cäsar werden so erneuert; ein Teil der Werke also, mit denen Händel 1723/25 die Italiener in London aus dem Felde geschlagen hatte. Der Erfolg belohnt Hagens nicht hoch genug einschätzenden Bemühen. Nicht bloß die Musikforschung, bekant sich zu einer neuen Einstellung gegenüber Händels Opernschöpfungen, erkennt in ihnen den Höhepunkt der Barockoper; die unmittelbare gundende Wirkung, die von ihrem Reichtum, ihrer Größe,

ihrer Ausdrucksstärke ausgeht, ist derartig, daß praktisches Interesse an ihnen rasch um sich greift. Heute, knapp vier Jahre nach der ersten Göttinger Modestina-Aufführung, haben bereits eine stattliche Reihe deutscher Operntheater Händel in ihren Spielplan aufgenommen.

Hagens Beispiel fand Nachfolge. Beim letzten Haleschen Händelfest brachte Hans Joachim Moser eine Einrichtung des 1733 entstandenen Orlando heraus. Vor etwas über einem Jahre schiedten, angeregt durch einen Karlsruher Händelenthusiasten, Anton Kuboff, und der Schreiber dieser Zeilen sich an Tamerlan, das Werk, welches zwischen Julius Cäsar und Modestina (1724) komponiert wurde, der Bühne der Gegenwart zurückzugeben. Die Leitung des badischen Landestheaters kam dem Klau von vornherein aufs dankenswerteste entgegen; die Uraufführung des Werks in der deutschen Neugefaltung steht nunmehr unmittelbar bevor.

Aus diesem Anlaß sei kurz über die Aufgabe und unsern Lösungsversuch orientiert.

Jede Neuaufrichtung eines Händelschen Opernwerks stellt zunächst ein Textproblem. Das barocke, italienische Opernbuch basiert wie das südländische Drama wesentlich auf gegenständlicher Verwicklung. Die Handlung bietet in Wiederholung und Verschärfung der Motive einen streng, vielfach kompliziert durchgeformten Aufbau. Auf ihn vor allem ist der bildnerische Wille gerichtet, nicht auf Charakterzeichnung, psychische Evolution. Das hat für uns heutige sein Bedeutsames. Wie ist darüber hinwegzukommen? Obgleich die Barockmusik in der Barockoper in erster Linie vor und nach Einschreiten des Geschehens die meist solistische Ausprägung und Verwicklung von Seelenzuständen. Diese werden durchaus intentionell, aber wenigstens lyrisch-abstrakt aufgefaßt. Sobald in dessen ein Genus von der Gewalt Händels am Werk ist, schießt aus umfassender, blutvoller Menschlichkeit in die Konvention ein Strom von Leben, der Charakteristik und Entwicklung absichtslos unwillkürlich mit sich führt. Von hier hat die Neugefaltung des Textes auszugehen. Was Händel in gelegentlichen Nummern, orchesterbegleiteten Rezitativen, gelegentlich auch in Secorezitativen anlegt, muß durch plastischere, gedrungener Aktion, durch bildhafte Sprache heraus-

getrieben werden. Da die Handlung in der Hauptsache dem Secco zufällt, ergibt sich mit Notwendigkeit die Konsequenz, das Händelsche Secco zugunsten des Dramas je nach Bedarf zu opfern. Hagen sucht hier noch ein Kompromiß. Wir glauben, im Interesse des Gesamtwerks weiterzugehen zu sollen, haben uns deshalb vom originalen Secco emancipiert und nur dort noch daran angeknüpft, wo diese Antinomie sich von selbst einstellt. Damit aber entfiel für den musikalischen Bearbeiter eine harte Belastung. Der umgestaltete Text muß, sofern er das Secco betrifft, fast ganz neu komponiert werden. In einer Weise, die ihm das Schicksal läßt, ohne aus dem Händelschen Ton zu fallen. Die Mittel dafür sind an sich vorhanden; denn, wie der Kunde weiß, ist Händels eigene Rezitativbehandlung vor allem in harmonischer Hinsicht häufig überaus schön. Ähnlich schön, aber geschmeidiger als die Barocke, erheblich tüchtiger als die Mozartische, wenigstens die des Mozartischen Seccos. Die Neufassung der Rezitative ist nicht der einzige Eingriff in die Originalmusik, der grundlegend nötig wird. Es bedeutet eine Schwäche des modernen musikalischen Hörens, daß es geschlossene Formen von breiter Ausdehnung nicht mehr als Ganzes aufnimmt, daß es besonders im dramatischen Zusammenhang sich dagegen sträubt. Dem muß Rechnung getragen werden durch Kürzungen, die zunächst mit dem Dacapo so gut wie ganz aufzuklären, die aber je nach Situation (im Einklang mit der Zusammenballung und Steigerung der Handlung) auch geschlossene Sätze zusammenziehen oder einzelne Nummern auflösen.

Tamerlan hat für die Erneuerung des Händelschen Musikdramas in dem von uns erstrebten Sinne einen besonders günstigen Gegenstand. Nicola Hayms Libretto verarbeitet einen seinerzeit beliebten historischen Stoff, Gefangenhaft und Tod des von dem großen Mongolenhahn Timur-Lenk bestiegten osmanischen Sultans Bajazid. Im Mittelpunkt der Handlung steht der Konflikt der beiden Gewaltmenschen, Tamerlan und Bajazets, wie sie italienisch heißen. Nun wird der Konflikt dadurch, daß Tamerlan sein Auge auf Bajazets mit ihm in Gefangenhaft geratene Tochter Asteria wirft; er endigt mit Bajazets selbstgewähltem Vergiftungs-



Einstellung des französischen Nachrichtenbienstes im Ruhrgebiet. Wie die „Post. Ztg.“ aus Essen erfährt, wird der französische Nachrichtenbienst, der mit dem Untertitel „Benachrichtigungs- und Informationsblatt für das besetzte Ruhrgebiet“ in Düsseldorf bisher erschienen ist, am 3. September sein Erscheinen einstellen.

Die Auslieferung der Erzbergmörder beschäftigt das Reichskabinett. Die Verhandlungen zwischen der deutschen und der ungarischen Regierung sind noch nicht abgeschlossen.

Die Feierschichten im Ruhrgebiet. In der letzten Augustwoche, vom 24.—30. August, mußten im Ruhrbergbau wegen Abschmangels an 108 Stellen 138 107 Feierschichten eingelegt werden.

Der Grubenarbeiterstreik in Belgien. Wie aus Brüssel gemeldet wird, verschärft sich die Lage in den Gruben der Provinz. Die Streikenden lehnen nunmehr auch die Inanspruchnahme der Maschinen ab. Es wird die Erläuterung der Gruben befürchtet. In verschiedenen Schächten sind bereits die Pferde über Tag geschafft worden.

Auswanderung aus Ost-Oberschlesien. Die Auswanderung polnischer Arbeiter aus Ost-Oberschlesien nach Frankreich ist infolge der ganzen Lage in der Industrie sehr lebhaft. Die Polizeidirektion in Katowitz stellt täglich mehr als 600 Auslandsbässe aus. In diesem Jahre sind bereits 43 544 Personen nach Frankreich ausgewandert.

Eine belgische Anleihe, die die Brüsseler Regierung mit amerikanischen Banken abgeschlossen hat, beläuft sich auf 30 Millionen Dollars.

Der drohende Bürgerkrieg in China. Wie Reuters aus Peking meldet, ist gegenwärtig zwischen den Militärregimenten von Kiangsu und Tschingli eine Vermittlungsaktion im Gange. Der britische, amerikanische, japanische und der französische Gesandte haben von dem chinesischen Auswärtigen Amt die Zusage erhalten, daß man sich bemühe, den Ausbruch von Feindseligkeiten zu verhindern.

## Badischer Teil

### Die neue Wahlkreiseinteilung für Württemberg und Baden

Dem Reichstag ist bekanntlich vor wenigen Tagen der Entwurf eines 4. Gesetzes zur Änderung des Reichswahlgesetzes zugegangen. Nach der Annahme des Londoner Abkommens im Reichstag braucht nun mit der Reichstagsauflösung nicht mehr gerechnet zu werden, und es ist sehr wahrscheinlich, daß der Reichstag sehr bald die Neugestaltung des Reichstagswahlrechts in Angriff nehmen wird. Von besonderer Bedeutung ist die Frage der Neueinteilung der Reichstagswahlkreise, deren Gesamtzahl in der Vorlage auf 176 festgesetzt ist, während gegenwärtig nur 32 Wahlkreise vorhanden sind.

Württemberg und Baden sollen in Zukunft zu einem Wahlkreisverband vereinigt werden, der sich aus folgenden 13 Wahlkreisen zusammensetzen soll:

- Wahlkreis Nr. 127 Stuttgart: Stuttgart Stadt und Stuttgart Amt.
- Wahlkreis Nr. 128 Ulm: die Oberämter Ulm, Heidenheim, Klen, Neresheim, Ellwangen, Geislingen, Göppingen, Gmünd.
- Wahlkreis Nr. 129 Heilbronn: die Oberämter Heilbronn, Crailsheim, Gerabronn, Mergentheim, Gaildorf, Hall, Künzelsau, Oehringen, Weinsberg, Redersbühl, Brackenheim.
- Wahlkreis Nr. 130 Ludwigsburg: die Oberämter Ludwigsburg, Marbach, Völklingen, Leonberg, Baijingen, Maulbronn, Neuenbürg, Calw, Nagold, Wülfingen, Gerrensberg.
- Wahlkreis Nr. 131 Eßlingen: die Oberämter Eßlingen, Kirchheim, Nürtingen, Urach, Neulingen, Schorndorf, Belzheim, Radnang, Waiblingen.
- Wahlkreis Nr. 132 Tübingen: die Oberämter Tübingen, Freudenstadt, Nottuln, Horb, Walingen, Sulz, Oberndorf, Mottweil, Spaichingen, Tuttlingen und der Regierungsbezirk Sigmaringen.
- Wahlkreis Nr. 133 Ravensburg: die Oberämter Ravensburg, Tettnang, Wangen, Reutlich, Waldsee, Saulgau, Niedlingen, Vöhringen, Laupheim, Eßingen, Blaubeuren, Münsingen.
- Wahlkreis Nr. 134 Konstanz: die Amtsbezirke Konstanz, Heberlingen, Pfaffenlocher, Meßkirch, Stodach, Engen, Donaueschingen, Müllingen, Waldshut, Säckingen.
- Wahlkreis Nr. 135 Freiburg: die Amtsbezirke Freiburg, Reutlingen, Lörrach, Schopfheim, Müllheim, Staufen, Waldkirch, Emmendingen.
- Wahlkreis Nr. 136 Offenburg: die Amtsbezirke Offenburg, Wolfach, Lahr, Oberkirch, Kehl, Mühl, Mastatt.
- Wahlkreis Nr. 137 Karlsruhe: die Amtsbezirke Karlsruhe, Ettlingen, Forstheim, Bretten.
- Wahlkreis Nr. 138 Mannheim: die Amtsbezirke Mannheim und Bruchsal.
- Wahlkreis Nr. 139 Heidelberg: die Amtsbezirke Heidelberg, Weinheim, Wiesloch, Sinsheim, Mosbach, Buchen, Albstheim, Raubersbühlheim, Wertheim.

tode. Zwischen diesem Anfangs- und Endpunkte spielt das acht barock komponierte Drama sich ab; durch die Liebesintrigue werden auch die andern Hauptgestalten, der Griechenfürst Andronikus und die trapezuntische Fürstin Irene, hineinverflochten.

Die letzte Neugestaltung arbeitet den Kernkonflikt zwischen Wildheit und Stolz scharf heraus; tappt alles entbehrliche Weisheit, überdeckt die Nebenfiguren, die übrigens schon Handel bei Wiederholungen des Tamerlan nahezu ausgeglichen zu haben scheint.

Das neue Secro zeichnet mit handlicher Technik, soweit das dem Epigonen erreichbar, die gesteigerte Aktion nach. Nebenbei der erforderlichen Kürzungen erstreckt sich die musikalische Einrichtung auf die Ausarbeitung des des Continuo erfüllenden Klaviersatzes, auf die detaillierte Regelung der Orchesterbesetzung, auf die Dynamisierung, sowie leichte ornamentale Ergänzungen. An der originalen Instrumentation wurde, wie bei Gersander und Sagen, trotz einem für moderne Opernverhältnisse sehr geringen Aufwand, im Interesse feinerer Wirkung nichts geändert.

Hermann Roth.

#### Ein Liviusfund?

Aber die Auffindung der fehlenden Bücher der römischen Geschichte des Titus Livius wird aus Rom berichtet: Der glückliche Finder, Professor di Martino, will in einem orientalischen, wahrscheinlich arabischen Code einer Privatbibliothek in Neapel eine Übersetzung des Titus Livius gefunden haben. Die genannten Delaten stellen die Bücher dar, die man bisher vermisse. Der Forscher mahnt aber, abzuwarten. Erst nach drei Monaten wolle er sich über den Fund äußern. Er arbeitet zurzeit an der Übertragung der Bände 1 bis 20. Sobald die Arbeit beendet sei, werde, wie der „Messaggero“ meldet, Professor di Martino den vollständigen Text veröffentlicht.

### Landesstagung der Freien Vereinigung badischer Krankentassen

Montag vorm. nahm die in Rastatt stattfindende Tagung ihren Fortgang. Geschäftsführer O. Graf erstattet den Geschäftsbericht sowie den Kassenbericht.

Die Inflationszeit ließ den Kassenbestand auf 41,54 Mark (Stand vom 1. Januar 1924) zusammenschrumpfen. Die Einnahmen betragen 22 250 Mark, denen Ausgaben in Höhe von 21 464 gegenüberstehen. Die Freie Vereinigung badischer Krankentassen einschl. der Innungs- und Betriebskrankentassen zählt zurzeit 83 Kassen mit 443 604 Mitgliedern. Mit den Zahnärzten und Dentisten wurde ein Rahmenvertrag abgeschlossen. Starke Gegensätze bestanden zwischen Kassen und Apotheken in der Heilmittelfrage. Die „Heilmittelversorgung“ sollte von den badischen Krankentassen mehr benutzt werden. In Baden hatte man im ersten Halbjahr einen Umsatz von nur 44 480 Mark. Mit den Optikern wurde ein neues Abkommen getroffen. Die Krankenhäuser dürften von den Stadtverwaltungen nicht als werbende Institute betrachtet werden. Die Abmeldepflicht der Arbeitgeber müsse unbedingt beachtet und die Lohnveränderungsangelegenheiten umgehend gemacht werden. Die Verzugszinsen könnten bei Zuwiderhandlung nicht erlassen werden, da die brennendsten Gelder Eigentum der Kassen seien. Die Aufgabe, die den Krankentassen durch den Einzug der Erwerbslosenfürsorgebeiträge gestellt werde, sei wenig angenehm. Die Befreiung von der Erwerbslosenfürsorge habe in der letzten Zeit eine große Rolle gespielt. Die jeweilige Entscheidung solle den Arbeitnehmern überlassen werden. Der Redner verlangte bezüglich der Angestellten eine den Leistungen entsprechende Bezahlung.

Der Vorsitzende dankte dem Redner und betonte, daß die Vereinigung der badischen Krankentassen ohne geschlicher Zwang gegebenenfalls die Krankenhausbekämpfung großzügig durchführen müßte. — An der eingehenden Aussprache beteiligten sich Rastatt-Lörrach, der sich mit der Erbschaftsfrage befaßt, und Mader-Karlsruhe, der sich gegen die Stellungnahme der Vereinigung gegenüber den Betriebskrankentassen, soweit sie in dieser Vereinigung zusammengeschlossen sind, wandte, Kranker-Mannheim (über Erbschaftsfragen) und Regierungsrat Dietrich (über die Krankenversorgung der Erwerbslosen), Post-Schwellingen (Apotheker- und Zahnarztfragen), und Graf (über den Zusammenschluß sämtlicher Krankentassen). Der Vorschlag, daß pro 4. Quartal und dann weiter für jedes Vierteljahr pro Mitglied ein Pfennig erhoben werden soll, fand einstimmige Annahme. Angenommen wurde ferner der Vorschlag, die Geschäftsstelle nach Forstheim zu verlegen. Die Wahl des Geschäftsführers Graf wurde einstimmig bestätigt. Sodann wurde die Wahl der Ausschußvertreter für die Oberberufungsämter Konstanz, Freiburg, Karlsruhe und Mannheim vorgenommen.

Verwaltungsdirektor Schäfer-Bruchsal würdigte die großen Verdienste des Verwaltungsdirektors Siegmund, der 21 Jahre lang nebstamtlich die Geschäftsleitung der Vereinigung besorgte, und des Vorsitzenden, Stadtkommandeur Graf-Karlsruhe. Letzterer dankte in seinem Schlusswort der Rastatter Ortskrankenkasse für die umfänglichen Vorbereitungen zur Tagung und brachte ein Hoch aus auf das Wachen, Blühen und Gedeihen der sozialen Gesetzgebung. — Die nächste Landesstagung findet in Rahr statt.

### Verkehrsverband für das Frankenland

Die wiederholten Besprechungen und Versammlungen, die der Verkehrsverein Karlsruhe in Verbindung mit dem Pfälzerwaldverein und dem Oberrheinverein — Ortsgruppen Karlsruhe — im badischen Frankenland wegen dessen Beteiligung an dem alemannisch-pfälzisch-fränkischen Sonntag in Karlsruhe abgehalten hat, führten, wie schon kurz gemeldet, am vergangenen Sonntag in Wertheim und Tauberbischofsheim zu der Errichtung eines Verkehrsverbandes für das Frankenland. Er soll die Aufgabe haben, die wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Interessen des Frankenlandes, die bis jetzt vielfach nicht die gewünschte Förderung erfahren haben, stärker zu betonen und sie maßgebenden Orts zur Geltung zu bringen. Vor allen Dingen soll der Verband auch die Organisation im Frankenland für seine Beteiligung an dem Badischen Heimtag, als welcher der alemannisch-pfälzisch-fränkische Sonntag am 21. September in Karlsruhe anzusehen ist, schaffen. Der Verband wird sich dem Badischen Verkehrsverband als Mitglied anschließen. Offentlich gelangt es, durch die Neuorganisation die Beziehungen Mittel- und Südbadens zum badischen Frankenland nunmehr in der oben eröffneten Richtung auszubauen und damit das innige Verhältnis herzustellen, das von allen Beteiligten gewünscht wird.

### Erzbergergedächtnisfeier

Dr. D. Oppenau, 1. Sept. Der Großdeutsche Orden, der Schutzbund verfassungstreuer deutscher Jugend, die demokratische Jugendgruppen und der Windthorstbund veranstalteten am vergangenen Sonntag bei dem Bade Griesbach an der Stelle, wo Erzberger vor drei Jahren erschossen wurde, eine Gedächtnisfeier, zu der zahlreiche Teilnehmer aus Ober- und Mittelbaden zusammenkamen. Die oberbadischen Teilnehmer wurden auf der Fahrt durch die ehemals besetzten Gebiete Offenburg und Appenweier herzlich begrüßt. Die Begrüßungsrede an der Wortstelle hielt der Generalsekretär der badischen Zentrumspartei. Es wurden zahlreiche Kranzspenden niedergelegt und Frau Erzberger, Reichskanzler Dr. Marx und dem badischen Staatspräsidenten Dr. Köhler Telegramme gesandt, in denen die verfassungstreue Jugend das Treuegelübde der Republik erneuert.

### Aus den Parteien

Der Kulturausschuß der Deutschen Demokratischen Partei und badische Parteifreunde, veranstalten vom 4. bis 8. Oktober 1924 eine Herbstschule in Günterstal bei Freiburg (Breisgau). Zur Behandlung kommen: Grundfragen des heutigen Staates, und zwar Föderalismus und Unitarismus; Staat und Persönlichkeiten; Die Wirtschaft im Staat. Als Redner sind in Aussicht genommen (Änderungen vorbehalten): Frau Dr. Gertrud Bäumer, M. d. R., Professor Dr. Dibelius-Heidelberg, Professor Dr. Göh, M. d. R., Leipzig, Dr. Heuß, M. d. R., Hauptlehrer Hofheim, M. d. R., Heidelberg. Die Leitung hat Dr. Gertrud Bäumer übernommen. Gellige Abende, die dem Gedächtnis badischer Demokraten und der alemannischen Volkstunf gewidmet sein sollen, sind vorgesehen.

Der Vorstand des badischen Landesverbandes der Deutschen Volkspartei, Prof. Weber hat an Reichsaussenminister Dr. Stresemann ein Telegramm gesandt, in dem er namens seiner Partei den herzlichsten Dank für die Sicherung der Räumung heimatischen Gebietes ausspricht.

Dr. Maximilianau, 1. Sept. Sonntag früh ist ein beim französischen Kommando Dienst tuerender marokkanischer Soldat bei der Kurve Sagenbach-Wörth aus dem fahrenden Zug gesprungen und geriet dabei unter die Räder. Der Marokkaner war sofort tot.

### Kommunale Rundschau

Weiteres Steigen der Erwerbslosenzahl in Mannheim. Das Mannheimer Städtische Nachrichtenamt schreibt uns: Am 19. August betrug die Zahl der beim Arbeitsamt Mannheim gemeldeten Arbeitslosen 9812 (7730 männliche, 2082 weibliche). Da am 12. August die Zahl der Vollerwerbslosen auf 8532 sich belief, ist eine Erhöhung um 1280 eingetreten. Die am 19. August gemeldeten Arbeitslosen verteilen sich auf die einzelnen Berufsgruppen wie folgt: Facharbeiter der Metall- und Maschinenindustrie 1749, Facharbeiter im Baugewerbe 124, Arbeiter im Verkehrsgewerbe 546, Hilfsarbeiter 3908, Angestellte im Handelsgewerbe und in technischen Betrieben 1260, sonstige Arbeitnehmer 2225. Gegenüber dem 12. August ist nur in der Gruppe der Arbeiter im Verkehrsgewerbe ein kleiner Rückgang eingetreten; alle übrigen Gruppen dagegen weisen eine Erhöhung auf.

Der städtische Voranschlag in Sandhof sieht in Einnahmen 123 750 Mark und in Ausgaben 135 612 M. vor. Der Fehlbetrag beträgt darnach 11 862 Mark und soll durch eine vorläufige Umlage von 20 Pfennig pro 100 Mark Steuerwert gedeckt werden.

Die letzte Bürgermeisterwahl in Jungsingen (Amt Müllheim) ergab für keinen der Kandidaten die erforderliche Stimmenzahl. Es muß daher ein zweiter Wahlgang stattfinden.

Abgelehnter Voranschlag. Der Gemeindevoranschlag in Gaiungen (Amt Lörrach) wurde vom Bürgerausschuß einstimmig abgelehnt. Der Grund ist wohl darin zu suchen, daß der Umlagefuß in der kleinen Gemeinde, die nur aus Kleinbauern und Textilarbeitern besteht, auf 85 Pf. kommen sollte. Im Verlauf einer Besprechung mit einem Vertreter des Bezirksamtes wurde dann im Anschluß an die Bürgerausschussung dem längstgehegten Wunsch der Gemeinde Gaiungen auf Eingemeindung mit Brombach erneut Ausdruck gegeben.

### Aus der Landeshauptstadt

Die Raßkontrolle besteht noch! Auf die Gerüchte hin, daß die Raßkontrollen an der Grenze des besetzten Gebietes schon gefallen sei, versuchen schon jetzt vielfach Personen des unbesetzten Gebietes ohne Raß die Grenze zu überschreiten, sie werden aber regelmäßig zurückgeschickt, was an sich schon eine Milderung des bisherigen Zustandes bedeutet. Die Raßkontrolle wird zwar demnächst verschwinden, besteht aber vorerst noch und wird mit aller Schärfe, an einigen Stellen sogar anscheinend noch schärfer als bisher, gehandhabt.

Die Thoma-Ausstellung, die zur Karlsruher Herbstwoche das gesamte graphische Werk des Meisters lückenlos bringen wird, begegnet jetzt schon allgemeinem Interesse. Die staatlichen Behörden haben sich durch kostenlose Überlassung des Orangeriegebäudes, die städt. Behörden und Organe durch kostenfreie Bereitstellung der Ausstellungseinrichtungen ein Verdienst um das Zustandekommen dieses erstmalig vollständigen Gesamtüberblicks über Thoma's großes graphisches Werk erworben. Auch außerhalb Badens begegnet die Ausstellung lebhaftester Anteilnahme. Einige der Veranstaltung bisher nicht zugängliche Mappen sind dem Verkehrsverein zu seiner Ausstellung aus weitentfernten Kunsthänden bereitwillig zugesagt worden, so daß eine unbedingt vollständige Schau geboten werden kann. Interessenten aus Bremen, Frankfurt, Göttingen, München, Basel und anderen Orten sind schon angemeldet, weitere in Aussicht stehend.

Karlsruher Herbstwoche. Der Konzertdirektion Friß Müller ist es gelungen, den gefeierten Pariser der Berliner Staatsoper, Kammerfänger Heinrich Schlusnus für einen Wiederbesuch in der Festhalle am Donnerstag, den 25. September in Rastatt, den Karlsruher Herbstwoche zu verpflichten.

Landestheater. Die in der vorigen Spielzeit bereits angekündigte Aufführung der Händel'schen Oper „Tamerlan“, die wegen Erkrankung des Herrn Balve und des später erfolgten Umbaus des Zuschauerraumes unterbleiben mußte, findet nunmehr am Sonntag, den 7. September statt. Das Werk wird vom Intendanten inszeniert, die musikalische Leitung hat Operndirektor Cortolesis. Die Partien sind mit den Damen Hoffmann-Bräuer, Tracema-Brüggemann und Stecher, sowie mit den Herren Balve und Dr. Wucherpfennig besetzt. Die neuen Bühnenbilder sind nach Entwürfen des künstlerischen Beirats, Direktor Emil Burkard, angefertigt, die Kostüme nach Figuren von Margarete Schellenberg.

### Letzte Nachrichten

#### England und Ägypten

W.D. London, 2. Sept. Daily Telegraph meldet aus Kairo, daß das Kabinett ausführlich die letzte Note der britischen Regierung erörtert, die nach Ansicht der ägyptischen politischen Kreise die Lage verschlimmere. Besonders Verstimmung habe die Erklärung über die Verantwortlichkeit des Generalgouverneurs von Sudan hervorgerufen, der in Ägypten als Beamter betrachtet werde.

#### Die Kruken in Marokko

W.D. London, 2. Sept. Reuter meldet aus Gibraltar, daß die Stämme der Angherra und der Wadja eine drohende Haltung zeigten. Der Postwagen Tanger-Tetuan sei verbrannt worden. Der Weg zwischen den beiden Städten sei gesperrt. Einige Arbeiter, unter denen sich italienische Staatsangehörige befänden, die an der Eisenbahnstrecke Tanger-Fez tätig gewesen seien, seien getötet worden. Das Geschüßfeuer, das anlässlich der Operationen im westlichen Abschnitt des spanischen Gebietes im Gange sei, sei in Tanger und sogar in Gibraltar zu hören.

Der Sonderkorrespondent der „Westminster Gazette“ schreibt zu diesen Kämpfen, daß man in dem letzten Rückschlag der spanischen Streitkräfte in Marokko den Vorboden der Zurückziehung der spanischen Truppenteile erblicken könne, die dann nur noch die Küstenlinie zwischen Spartal und Melilla halten würden. — Der Korrespondent betont, wie unangenehm den Franzosen mit Rücksicht auf ihre eigene Lage in Marokko eine solche Bewegung der spanischen Truppen sein würde.

Andererseits wird uns aus Madrid gemeldet, daß das spanische Direktorium beschlossen habe, acht Bataillone Verstärkung nach Marokko zu schicken. Ein in Madrid ausgegebenes Kommuniqué endet mit den Worten: „Die Lage erfordert die größten Anstrengungen und die Mühe und Festigkeit aller. Mehr als je hält sich das Direktorium für verpflichtet, in Spanien und Marokko mit seinen ganzen Autorität aufzutreten.“



### Kurze Nachrichten aus Baden

**Dr. Bruchsal, 1. Sept.** Am vergangenen Donnerstag ist der aus dem Feinerzeit im Jahre 1907 so vielerörterten Prozeß vor dem Karlsruher Schwurgericht bekannte Rechtsanwalt **Hau** aus dem hiesigen Zuchthaus entlassen worden. 17 Jahre hat Hau hinter den Zuchthausmauern zugebracht und nun durch Erlass des Justizministeriums die Freiheit wieder erlangt. Wie erinnerlich wurde Hau wegen Erschießens seiner Schwiegermutter, der Frau Wolfstor in Baden-Baden, zum Tode verurteilt, vom damaligen Großherzog jedoch zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt.

**Dr. Baden-Baden, 2. Sept.** Die Sängerkörperschaften der römischen Basiliken San Pietro Vaticano, San Giovanni di Laterano, Santa Maria Maggiore und der Sirtinischen Kapelle unter Leitung ihres Kapellmeisters **Msr. Cassimiri** werden anlässlich ihrer ersten Konzertreise durch Deutschland am 13. September auch hier ein Konzert veranstalten.

**Dr. Lahr, 1. Sept.** Unter Beteiligung von wohl 2000 Kameraden aus Lahr und Fern fand am Samstag und Sonntag hier der erste Regimentstag der 169er statt. Die alte Garnisonstadt Lahr trug reichen Flaggen Schmuck.

**Dr. Konstanz, 1. Sept.** Am Samstagabend wurde in einer sehr stark besuchten Versammlung eine Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Konstanz gegründet, der sofort über 250 Mitglieder beitraten. Es sprachen **Dr. Kraus-Mannheim** als Referent und dann in der Ansprache je ein Vertreter der Zentrumspartei, der Demokratischen und der sozialdemokratischen Partei, welche die Gründung des Reichsbanners warm begrüßten. Den Vorsitz übernahm **Rechtsanwalt Venedy**.

**Vom Sekretis.** Die Lohnstreitigkeiten in der Metallindustrie des Sekretisses führten am Donnerstag einen Schiedsspruch herbei, demzufolge der Stundenlohn für alle über 24 Jahre alten Arbeiter um 3 Pf. erhöht wird. Danach erhalten: gelernte Arbeiter 55 Pf., Facharbeiter 52 Pf., Spezialarbeiter 49 Pf. und ungelernete Arbeiter 47 Pf. pro Stunde. Da der Schiedsspruch aber lediglich von Seiten der Lohnkommission der Arbeiter angenommen, von den Unternehmern aber abgelehnt wurde, muß der Landeshauptmann die Entscheidung fällen.

### Handel und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen

	2. Sept.		1. Sept.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	162.29	163.11	162.34	163.16
Kopenhagen 100 Kr.	65.53	69.17	65.93	69.27
Italien . . . 100 L.	18.825	18.65	18.915	18.65
London . . . 1 Pf.	18.81	18.90	18.81	18.90
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	22.74	22.86	22.66	22.78
Schweiz . . . 100 Fr.	78.80	79.20	78.85	79.25
Wien 100 000 Kr.	5.91	5.93	5.91	5.93
Wag. . . 100 Kr.	12.56	12.62	12.58	12.64

Verteilung über 100 Prozent

**Vom Stand der Weltreise.** Nachdem die dem Internationalen Landwirtschaftlichen Institut in Rom bis Mitte August über den Stand der Ernte in den einzelnen Ländern abgegebenen Angaben noch keinen lückenlosen Überblick über das Ergebnis der Weltreise gestatten, so steht doch das Gesamtresultat so ziemlich fest. Man schätzt die Getreideerzeugung der nördlichen Halbkugel auf beinahe mittelmäßig. Im allgemeinen sind gegenüber der vorjährigen Ernte beinahe überall mehr oder weniger starke Rückgänge zu verzeichnen. Auf der südlichen Halbkugel liegen die Verhältnisse im wesentlichen günstiger, da verschiedentlich die Anbauflächen zugenommen haben.

**Von der Leipziger Herbstmesse.** Der Besuch am Messenontag erfuhr gegen den Sonntag noch eine Zunahme, da noch eine ganze Reihe weiterer Sonderzüge eingetroffen ist. Außer einer Anzahl deutscher Regierungsvertreter suchten auch namhafte ausländische Diplomaten die Messe auf. Von den verschiedenen Staaten sind vornehmlich vertreten: Schweden, Österreich, Finnland, Peru, Holland und Belgien. Auf der Textilmesse war teilweise der Verkauf billiger Lagerposten im Gange. In manchen Zweigen, insbesondere Tapisserteppiche waren auch bessere Qualitäten gut unterzubringen. Neben Inlandsabfahrlüssen sind auch Abfahrlüsse nach dem Ausland zu verzeichnen. Es treten mehr Fachleute als erst-haftete Messelanten in Erscheinung.

Der „**Neichsanzeiger**“ veröffentlicht die Kurse für die Umrechnung der Ausfuhrwerte in Gold für die Zeit vom 1.

bis Ende September 1924, ferner Bestimmungen über die Freigabe von Spirit zur Trinkbranntwein- und Trinkbranntweineisenzherstellung.

**Dampffestfabrik Baden (A.-G. Mannheim-Rheinau.** Die Generalversammlung der unter Geschäftsaufsicht stehenden Gesellschaft genehmigte die für das sechs Monate umfassende Geschäftsjahr vorliegende Papiermarkt Bilanz und die Gold-Zwischenbilanz. Das Kapital von 245 Mill. Mark wird durch Einziehung von 35 Mill. Mark Vorzugs- und 5 Mill. Mark Stammaktien, die sich im Besitze der Gesellschaft befinden, ferner durch Denomination und Zusammenlegung auf 102 500 Goldmark herabgesetzt, wobei 58 929 Goldmark in Reserve gestellt werden. Auf eine Stammaktie von 10 000 Mark soll eine Gebühr von 0.50 Goldmark bezahlt werden. Die Genehmigung zum Verkauf des Unternehmens wurde einstimmig verweigert. Nachdem das Unternehmen seit dem 8. Mai unter Geschäftsaufsicht steht, ist auf den 2. September eine Gläubiger-Versammlung einberufen, die die vorgeschlagene Sanierung des Unternehmens zu beschließen hat. Wird die Zustimmung verweigert, dann erfolgt Konkurserklärung.

#### Geschäftsaufsichten und Konkurse im Handelskammerbezirk Mannheim.

Die Handelskammer für den Kreis Mannheim teilt in Ergänzung ihrer bisherigen Veröffentlichungen der Liste der unter Geschäftsaufsicht gestellten bzw. in Konkurs geratenen Firmen:

a) **Angedrohte Geschäftsaufsichten:** Vfd. Nr. 27) **Friedrich Meißel, Woll- und Webwarenhandlung** in Mannheim, G 2, 7 (Beschl. v. 20. 8. 24).

b) **Aufgehobene Geschäftsaufsichten:** Vfd. Nr. 2) **M. Welland, Chem. Fabrik A.-G., Fabrik technischer Öle und Fette, Mannheim-Industriegebiet** (lt. Beschl. v. 15. 8. gem. § 663 der Geschäftsaufsichtsverordnung). 12) **Erwin Koppel, Neustadt, Zweigniederlassung Mannheim** (u. Frankfurt a. M.) lt. Beschl. d. Amtsgerichts Neustadt a. H. v. 22. 8., da Schuldner Aufhebung selbst beantragt.

c) **Konkurse:** 28) **Fritz Karst, Schuhwarenhändler** in Mannheim, G 6, 6 (lt. Beschl. v. 15. 8. 24). 29) **Burger u. Co., Handel mit elektr. Art. u. Apparaten** in Mannheim, Tullastr. 14 (lt. Beschl. v. 23. 8. 24).

### Verschiedenes

#### Hochwassergefahr in Bayern

Wie die Münchener Landeswetterwarte auf Grundigungen mitteilt, besteht für ganz Bayern Hochwassergefahr. Ansbach meldet bereits Hochwasser.

### Staatsanzeiger

#### Anordnung

über Verwendung von Beitragsabkommen der Erwerbslofenfürsorge vom 12. August 1924.

Auf Grund des § 43 der Verordnung über Erwerbslofenfürsorge vom 16. Februar 1924 (Reichsgesetzbl. I. S. 127) wird angeordnet:

1. In den Gebietsstellen, welche die oberste Landesbehörde bestimmt, können die Stellen, die über das Aufkommen aus den Beiträgen zur Erwerbslofenfürsorge zur Verfügung haben (öffentliche Arbeitsnachweise, Landesarbeitsämter usw.), mit Erwerbnehmern mit dem zuständigen Verwaltungsausschuss leitungsunfähigen Bezirksfürsorgeverbänden (Fürsorgepflichtverordnung vom 13. Februar 1924 — Reichsgesetzbl. I. S. 100) auf ihren Antrag zur Unterstützung hilfsbedürftiger Kurzarbeiter Zuschüsse aus den Beitragsaufkommen gewährt werden.

2. Die Zuschüsse dürfen jeweils für höchstens einen Monat überwiesen werden und in dem entsprechenden Zeitraum weder 10 v. H. des Beitragsaufkommens noch 50 v. H. der Beiträge übersteigen, die von den Bezirksfürsorgeverbänden für Kurzarbeiter tatsächlich aufgewendet werden. Verwaltungslofen dürfen aus ihnen nicht bestritten werden.

3. Der Antrag auf Gewährung der Zuschüsse ist von dem Bezirksfürsorgeverband, in dessen Bezirk die Kurzarbeiter ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, bei der für den Aufenthaltort zuständigen verfügungsberechtigten Stelle (Nr. 1) einzureichen. Die oberste Landesbehörde oder die von ihr bezeichnende Stelle kann die Zuständigkeit anders bestimmen. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen mehreren Ländern entscheidet der Reichsarbeitsminister.

4. Die oberste Landesbehörde oder die von ihr bezeichnende Stelle kann anordnen, daß die Bezirksfürsorgeverbände ihre Anträge durch Vermittlung der Landesfürsorgeverbände zu stellen haben.

5. Die oberste Landesbehörde oder die von ihr bezeichnende Stelle bestimmt, welche Bezirksfürsorgeverbände als tel-

lungsschwach im Sinne dieser Vorschriften anzusehen sind. Dabei ist neben der allgemeinen Lage des Verbandes auch seine Belastung durch Aufwendungen für Kurzarbeiter zu berücksichtigen. Die Entscheidung über die Leistungsschwäche bindet die verfügungsberechtigten Stellen (Nr. 1).

6. Die oberste Landesbehörde oder die von ihr bezeichnende Stelle kann nähere Anordnungen, insbesondere über die Höhe der Zuschüsse treffen.

7. Diese Anordnung gilt für die Zeit vom 18. August bis 15. November 1924.

Berlin, den 12. August 1924.

Der Reichsarbeitsminister:  
Dr. Brauns.

**Bestimmungen**  
über die Durchführung der Anordnung des Reichsarbeitsministers vom 12. August 1924 über die Verwendung von Beitragsaufkommen der Erwerbslofenfürsorge.  
(vom 1. September 1924).

Zur Durchführung der angeführten Anordnung bestimmt ich, was folgt:

#### Artikel 1.

##### Zu Riffer 1:

1. Die Vorschriften der Anordnung gelten für das ganze Land Baden.

2. Als Stellen, die über das Aufkommen an den Beiträgen zur Erwerbslofenfürsorge zur Verfügung haben, werden die öffentlichen Arbeitsnachweise bezeichnet.

3. Bezirksfürsorgeverbände sind gemäß § 22 Abs. 3 der Verordnung des Reichsarbeitsministers zur Durchführung der Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht vom 29. März 1924 (G. u. V. Bl. S. 69) die Gemeinden.

#### Artikel 2.

Zu Riffer 5:  
Die Verwaltungsausschüsse der öffentlichen Arbeitsnachweise bestimmen, welche Gemeinden als leistungsschwach im Sinne der Anordnung anzusehen sind.

#### Artikel 3.

Diese Bestimmungen treten mit dem 18. August 1924 in Kraft und gelten für die Dauer der Geltung der Anordnung des Reichsarbeitsministers vom 12. August 1924.

Karlsruhe, den 1. September 1924.

Der Arbeitsminister:  
i. B.: Fuchs.  
Der Minister des Innern:  
J. B.: Peers.

#### Bekanntmachung

Der zwischen der abgeordneten Gemarung Domboll und der Gemeinde Weierdingen, Amtsbezirk Engen, abgeschlossenen Vereinbarung über die Vereinigung der abgeordneten Gemarung mit der Gemeinde Weierdingen wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 die staatliche Genehmigung erteilt.

Karlsruhe, den 29. August 1924.

Der Minister des Innern:  
J. A.: Dr. A. Jung.

#### Bekanntmachung

Der zwischen der abgeordneten Gemarung Pfaffwiesen und der Gemeinde Weierdingen, Amtsbezirk Engen, abgeschlossenen Vereinbarung über die Vereinigung der abgeordneten Gemarung mit der Gemeinde Weierdingen wurde mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 die staatliche Genehmigung erteilt.

Karlsruhe, den 29. August 1924.

Der Minister des Innern:  
J. A.: Dr. A. Jung.

#### Anordnung

über die Inkrafttreten von Bestimmungen der Verordnung über die Bezirkseinteilung der Vermessungsämter vom 30. Juni 1924 (G. u. V. Bl. S. 163).

Auf Grund des § 3 der Verordnung des Staatsministeriums vom 30. Juni 1924 über die Bezirkseinteilung der Vermessungsämter (G. u. V. Bl. S. 163) bestimme ich:

Die in den §§ 1 und 2 der angeführten Verordnung vorgesehenen Veränderungen soweit sie die Aufhebung der Vermessungsämter Emmendingen, Säckingen, Wiesloch, Bretten, Gernsbach, Aghern, Eberbach und Eppingen sowie die Neubildung der Dienstbezirke der Vermessungsämter Kenzingen, Neffels, Schopfheim, Waldshut, Mosbach, Heidelberg, Bruchsal, Rafstalt, Mühl, Einsheim, Aehl und Offenburg betreffen, treten mit dem 1. September 1924 in Kraft.

Karlsruhe, den 29. August 1924.

Der Reichsarbeitsminister:  
J. B.: Fuchs.

### Nach Italien!

Wir veranstalten am 14. eines jeden Monats eine 5-, 10- und 14-tägige und am 28. eines jeden Monats eine 10-, 14- und 28-tägige Gesellschaftsreise ab München und wieder zurück München oder Basel, nach Oberitalien, Riva (5 Tage 150 M.), Verona, Venedig (10 Tage 270 M.), Mailand, Genua, San Remo (14 Tage 420 M.), Pisa, Rom, Neapel, Capri, Sorrent, Amalfi, Florenz (28 Tage 740 M.). Bahnfahrt II. Kl., Schiff I. Kl., Logis und Verpflegung einbezogen, Prospekte und Referenzen erhältl. durch **Westdeutsches Reisekontor „Werko“ Köln** Tel. Rheinland 2069, Engelbertstr. 61, Tel. Werko.

**la. Steinkohlen**  
**Koks, Grudekoks**  
**Steinkohlen- u. Braunkohlenbriketts**  
**Brennholz**  
liefern  
**Carl August Nieten & Co.**  
Kohlenhandels-gesellschaft  
Hauptbüro: Rheinhausen, Nordbeckenstr. 6  
Fernsprecher 982 und 5165  
Stadtbüros: Kaiserstraße 118,  
Fernsprecher 5506  
Durlacher Allee 10 (Vertr.: Wilh. Kaeller)  
Fernsprecher 5724 D.14

**Elegante Welt**  
Deutschlands tonangebende Zeitschrift für vornehmliche Lebenskunst, für Mode, Kunst, Theater, Film, Sport, Schönheit und Lebensfreude.  
Alle 14 Tage ein 50 bis 80 Seiten starkes Heft mit ausgewählten Meisterwerken moderner Film- u. Photokunst sowie hochinteressanten Berichten aus der Gesellschaft. Jedes Heft mit einem prachtvollen farb. Kunstblatt als Titelbild.  
Abonnements bei allen Buchhandlungen!  
Verlag: **Dr. Eysler & Co. A.-G.**  
in Berlin SW 68.

**Zu verkaufen.**  
**Gelberüben**  
rotgelbe Karotten billig zu verkaufen bei D. 548 Altbürgermeister Nagel, Blantenloch bei Karlsruhe.  
Z. 468 Gengenbach.  
Über das Vermögen des Schmiedemeisters Lorenz Feyer ist in Bergshaupten wurde heute am 29. Aug. vormittags 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Kaufmann Wilhelm Hartel in Gengenbach wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 22. September 1924 bei dem Gericht anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und entretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Montag, den 29. September 1924, nachmittags 2 Uhr. Alle Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörende Sache im Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufzugeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsorgen oder zu leisten, auch die Verpfändung aufzulegen, von dem Forderungen, für welche sie aus der Sache abgefordert werden, in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 22. September 1924 Anzeige zu erstatten. Gengenbach, 29. Aug. 1924. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

**Badisches Landestheater.**  
Dienstag, 2. Sept. 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr. Sp. I 7.—  
Abonn. F 1. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 201-300, 501-600.  
**Violetta (La Traviata).**

**Badisches Landestheater.**  
Mittwoch, 3. Sept. 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> b. n. 10 Uhr. Sp. I 7.—  
Abonn. C 1. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1001—1100.  
**Der fliegende Holländer.**

**Alteffor**  
mit Erfahrung im Anwaltsberuf, zur Zeit als Stellvertreter eines Anwalts tätig, sucht Beschäftigung bei badischem Anwalt als juristischer Hilfsarbeiter oder Stellvertreter von Anfang oder Mitte September d. J. ab. Mitteilungen unter D. 539 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

**Mark 200000.—**  
in Jästel, St. Wilhelm u. Schmelzplatz etwa 3200 Fm. Nadelstämme u. Abfahrlüsse aller Klassen in 11 Losen, durchsichtig und Auszüge durchsichtig. Die Wäcker sind bis 15. Sept. 1924 an ihr Gebot gebunden. Schriftliche Angebote in Prozenten der Landesgrundpreise (Reg. 1923) bis Mittwoch, den 10. September 1924, nachmittags 3 Uhr, erben.  
Das Badische Forstamt Kirchzarten bei Freiburg i. Br. verkauft freihändig aus den Staatswaldungen